

Jahresbericht 2018 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung

Im Oktober 2019 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Jahresbericht über die Bekämpfung von Betrug, der die finanziellen Interessen der EU betrifft, im Jahr 2018. 2018 wurden der Kommission insgesamt 11 638 Fälle von betrügerischen und nicht betrügerischen Unregelmäßigkeiten gemeldet, 25 % weniger als 2017. Betroffen waren Beträge in Höhe von etwa 2,5 Mrd. EUR, ein Wert, der im Vergleich zu 2017 stabil geblieben ist. Der Haushaltskontrollausschuss hat einen Bericht über den Jahresbericht der Kommission angenommen, über den bei der Plenartagung im Juli abgestimmt werden soll.

Hintergrund

Gemäß Artikel 325 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hat die Kommission den Auftrag, jährlich einen Bericht über die Maßnahmen vorzulegen, die in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten getroffen wurden, um für eine korrekte Verwaltung von EU-Mitteln zu sorgen und Betrug zu bekämpfen, der die finanziellen Interessen der EU betrifft. Die Kommission verlässt sich auf die Zusammenarbeit mit einzelstaatlichen Behörden und die Daten, die sie übermitteln, da sie fast die gesamten Einnahmen der EU erheben. Etwa 80 % der Ausgaben der EU werden auf einzelstaatlicher Ebene im Rahmen der geteilten Verwaltung von EU-Programmen [verwaltet](#).

Bericht 2018 der Europäischen Kommission

Dem [Bericht](#) der Kommission zufolge wurden der Kommission 2018 insgesamt 11 638 Fälle von betrügerischen und nicht betrügerischen Unregelmäßigkeiten gemeldet, 25 % weniger als 2017. Betroffen waren Beträge in Höhe von etwa 2,5 Mrd. EUR, ein Wert, der im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben ist. Insgesamt wurden 1 152 Unregelmäßigkeiten (+ 0,4 %) als betrügerisch gemeldet (d. h. etwa 10 % aller festgestellten und gemeldeten Unregelmäßigkeiten), wovon Beträge in Höhe von etwa 1 197 200 000 EUR (+ 183 %) betroffen waren. Es handelte sich dabei um Unregelmäßigkeiten bei Ausgaben und Einnahmen. Die Gründe für den enormen Anstieg 2018 hängen mit der Kohäsionspolitik zusammen. Der Kommission zufolge ist der Anstieg zum Großteil auf zwei betrügerische Unregelmäßigkeiten mit sehr hohen Beträgen zurückzuführen, die von der Slowakei festgestellt wurden. Im Allgemeinen gelten die [Kohäsionspolitik und die regionale Entwicklungspolitik](#) als die Politikbereiche, in denen es am häufigsten zu Betrugereien kommt. 2018 hat das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) 219 Untersuchungen [eingeleitet](#) und 167 Untersuchungen abgeschlossen, in denen Einziehungen in Höhe von 371 Mio. EUR empfohlen wurden. Ende 2018 waren noch 414 Untersuchungen anhängig.

Bericht des Haushaltskontrollausschusses

Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments (CONT) nahm am 7. Mai 2020 seinen [Bericht](#) an, über den nun bei der Plenartagung im Juli abgestimmt werden soll. In dem Bericht wird bedauert, dass die Summen, die mit betrügerischen Unregelmäßigkeiten in Verbindung standen, um 183 % gestiegen sind. Auch äußert sich der CONT-Ausschuss besorgt über neue Betrugsmethoden mit erheblicher grenzüberschreitender Dimension. Er ist besorgt angesichts der [Schlussfolgerung des Rechnungshofs](#), dass die Kommission nicht in ausreichendem Maße Einblick in Umfang, Art und Ursachen von Betrug hat. Außerdem fordert er die Kommission auf, umfassende Prüfungen durchzuführen, um für eine uneingeschränkte Transparenz und Qualität der von den Mitgliedstaaten im Berichterstattungssystem für Unregelmäßigkeiten (IMS) gemeldeten Daten zu sorgen. Der CONT-Ausschuss bedauert, dass viele Mitgliedstaaten keine konkreten Rechtsvorschriften gegen organisierte Kriminalität haben, und fordert sie nachdrücklich auf, beim Informationsaustausch enger zusammenzuarbeiten. Er kritisiert Fälle der

EPRS Jahresbericht 2018 über den Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung

missbräuchlichen Verwendung europäischer Struktur- und Investitionsfonds in Tschechien, Ungarn, Griechenland, Polen, Rumänien und Italien und betont, dass „ein solcher Betrug auf Kosten kleiner Familienbetriebe geht, welche die Subventionen am dringendsten benötigen“. Allerdings waren nur 0,71 % der Zahlungen im Jahr 2018 von betrügerischen Unregelmäßigkeiten betroffen.

Initiativbericht: [2019/2128\(INI\)](#); federführender Ausschuss: CONT; Berichterstatter: Joachim Kuhs (ID, Deutschland).

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2020.

eprs@ep.europa.eu <http://www.eprs.ep.parl.union.eu> (intranet) <http://www.europarl.europa.eu/thinktank> (internet) <http://epthinktank.eu> (blog)

